KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
B01	Name und Anschrift sind der Verwaltung bekannt. Schreiben vom 01.05.2019	<p>Ich bitte bei der Planung insbesondere auch um Berücksichtigung von Kindergartenplätzen und Grundschulplätzen. Dies ist m. E. bei dem jetzigen Neubaugebiet nicht ausreichend berücksichtigt worden und daher sind u.a. schnelle provisorische Lösungen erarbeitet worden.</p> <p>Es dürfte doch jedem klar sein, dass mit Neubaugebieten (insbesondere in solcher Größe) viele Kinder / Kleinkinder neu dazukommen bzw. in den kommenden Jahren dazukommen werden.</p> <p>Zudem sollte eine gute Anbindung an die bestehenden Baugebiete erreicht werden, damit das Neubaugebiet nicht so isoliert ist.</p>	<p>Die Stellungnahme ist nicht unmittelbar Gegenstand der vorbereitenden Bauleitplanung (Flächennutzungsplan). Der Flächennutzungsplan bildet lediglich die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Art der Bodennutzung und die Grundlagen für die verbindliche Bauleitplanung (Bebauungsplan). Die Umsetzung von Kindertagesstätten ist in den beabsichtigten Darstellungen des Flächennutzungsplanes möglich, die Konkretisierung der Planung erfolgt jedoch erst im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren. Derzeit ist im Plangebiet in Abstimmung mit der Kindertagesstättenbedarfsplanung eine 4-gruppige Kita vorgesehen, um insbesondere den heutigen bzw. künftigen Bedarfen an Kita-Plätzen Rechnung zu tragen. Diese Bedarfsentwicklung wird sich mit zeitlicher Verzögerung im Grundschulbereich fortsetzen. Die Verwaltung wird hierzu Maßnahmen vorschlagen, die rechtzeitig nach einer Realisierung des Baugebietes und vor dem Entstehen des zusätzlichen Bedarfes realisiert werden.</p> <p>Die Stellungnahme ist nicht unmittelbar Gegenstand des Flächennutzungsplanes. Der Flächennutzungsplan bereitet, wie oben dargestellt, lediglich die Art der Bodennutzung vor. Auf Ebene der städtebaulichen Konzeption ist es derzeit vorgesehen, städtebaulich</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
			unmittelbar an das bestehende Neubaugebiet „Östlich Dansweilerstraße“ anzuknüpfen und die dortigen Typologien, Grünzüge und Straßenverläufe analog fortzuführen. Eine großzügige Erweiterung des vorhandenen Spielplatzes soll dabei einen zentralen Treffpunkt für die Bewohner beider Neubaugebiete darstellen. Damit soll auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung dafür Sorge getragen werden, dass das vorliegende Neubaugebiet städtebaulich mit dessen Umgebung zusammenwächst.	
B02	Name und Anschrift sind der Verwaltung bekannt. Schreiben vom 03.05.2019	Der Ortsteil Glessen benötigt dringend sehr viel mehr Kindergartenplätze als bisher vorhanden bzw. auch mehr als geplant sind und das schnell. Die steigende Zahl der Kinder hat auch einen zeitnahen notwendigen Ausbau der Grundschule zu Folge. Daran gekoppelt wäre der Ausbau der OGS. Da ich diese Entwicklung nun seit 2 Jahren mitbekomme, weiß ich um die Not der hergezogenen Eltern ihre Kinder entsprechend unterzubringen.	Die Stellungnahme ist nicht unmittelbar Gegenstand der vorbereitenden Bauleitplanung (Flächennutzungsplan). Der Flächennutzungsplan bildet lediglich die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Art der Bodennutzung und die Grundlagen für die verbindliche Bauleitplanung (Bebauungsplan). Die Umsetzung von Kindertagesstätten ist in den beabsichtigten Darstellungen des Flächennutzungsplanes möglich, die Konkretisierung der Planung erfolgt jedoch erst im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren. Es ist derzeit eine 4-gruppige Kita im Plangebiet vorgesehen, um insbesondere den heutigen bzw. künftigen Bedarfen an Kita-Plätzen Rechnung zu tragen. Diese Bedarfsentwicklung wird sich mit zeitlicher Verzögerung im Grundschulbereich fortsetzen.	Kenntnisnahme

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Zum Wohnumfeld: Wünschenswert wäre eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf allen Straßen innerhalb des Wohngebiets auf höchstens 30 km/h bzw. Spielstraßen. Zum einen um die Anwohner zu schützen, zum anderen um Lärm zu reduzieren.</p> <p>Bei dem künftig noch weiter erhöhten Verkehrsaufkommen in Glessen und um Glessen herum wäre außerdem eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf allen innerörtlichen Straßen notwendig, sowie die Veränderung der Ortseingänge sowohl an der Brauweilerstraße L213 (Eingang Baugebiet wäre dann meiner Meinung nach der Ortseingang) sowohl auch an der Dansweilerstraße (Ab Rosenhof).</p> <p>Es ist eine Farce, dass der ‚Lärmschutzwall‘ eine Abgrenzung des Ortes darstellt. Wir brauchen hier eine radikale Verringerung der Geschwindigkeitsbegrenzung an beiden Straßen um den Anwohnern gerecht zu werden.</p>	<p>Die Verwaltung wird hierzu Maßnahmen vorschlagen, die rechtzeitig nach einer Realisierung des Baugebietes und vor dem Entstehen des zusätzlichen Bedarfes realisiert werden.</p> <p>Die Stellungnahme ist nicht Gegenstand der vorbereitenden Bauleitplanung (Flächennutzungsplan). Der Flächennutzungsplan bereitet, wie oben dargestellt, lediglich die Art der Bodennutzung vor. Für die künftig geplanten Straßenzüge innerhalb des Plangebietes sind in großen Teilen „Verkehrsberuhigte Straßen“ vorgesehen.</p> <p>Für das Neubaugebiet des Bebauungsplanes Nr. 220.1 „Südöstlich Dansweilerstraße“ wurde neben passiven Schallschutzmaßnahmen an den Gebäuden zusätzlich als aktive Schallschutzmaßnahme die Festsetzung eines Lärmschutzwalls östlich der Dansweilerstraße als geeignetes Mittel des Schallschutzes gewählt. Die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 220.1 sind jedoch nicht Gegenstand des vorliegenden Verfahrens.</p> <p>Im Übrigen stellen organisatorische Lärminderungsmaßnahmen (z.B. Geschwindigkeitsbegrenzungen) verkehrsrechtliche Anordnungen in der Zuständigkeit der</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Ausbau des ÖPNV: Mit der Erweiterung ist auch ein Ausbau des ÖPNV notwendig. Es müssen Verbesserungen und Anreize geschaffen werden um die Anwohner zu animieren den ÖPNV zu nutzen.</p>	<p>Straßenverkehrsbehörden dar und können (über verkehrsberuhigte Straßen hinaus) nicht in der Bauleitplanung festgelegt werden. Für übergeordnete Straßen (Kreis-, Landes- oder Bundesstraßen) ist der jeweilige Straßenbaulastträger zuständig; die Stadt Bergheim kann hier lediglich Anregungen an den Landesbetrieb Straßen NRW weitergeben.</p> <p>In der verbindlichen Bauleitplanung wird im Rahmen eines Schallgutachtens die Erforderlichkeit von technischen oder baulichen Schallschutzmaßnahmen für das Plangebiet untersucht.</p> <p>Die Stellungnahme ist nicht Gegenstand der Bauleitplanung. Der Ausbau des ÖPNV stellt eine organisatorische Maßnahme in der Zuständigkeit des Rhein-Erft-Kreises bzw. der jeweiligen Betreiber dar und kann nicht in der kommunalen Bauleitplanung festgelegt werden. Die Kreisstadt Bergheim kann lediglich Anregungen an die Aufgabenträger des ÖPNV (Amt für Öffentlichen Personennahverkehr beim Rhein-Erft-Kreis, REVG Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH) weitergeben. Hier liegen aktuell z.B. erste Voruntersuchungen zu einer möglichen Stadtbahnverlängerung aus Köln bis nach Glessen und darüber</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Wir benötigen in den Baugebiet auch Flächen auf denen Kinder und Jugendliche spielen können (der bisher bestehende Spielplatz ist schon jetzt überlastet) und auch öffentliche Grünflächen im Sinne eines ‚Dorfplatzes‘ / ‚Quatiersplatzes‘.</p>	<p>hinaus vor.</p> <p>Die Stellungnahme ist nicht unmittelbar Gegenstand des Flächennutzungsplanes. Der Flächennutzungsplan bereitet, wie oben dargestellt, lediglich die Art der Bodennutzung und die Grundlagen für die verbindliche Bauleitplanung (Bebauungsplan) vor. Die Umsetzung von öffentlichen Grün- oder Platzflächen ist in den beabsichtigten Darstellungen des Flächennutzungsplanes möglich, die Konkretisierung der Planung erfolgt jedoch erst im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren mit der Festsetzung von öffentlichen Grünflächen.</p> <p>Auf Ebene der städtebaulichen Konzeption ist es derzeit vorgesehen, städtebaulich unmittelbar an das bestehende Neubaugebiet „Östlich Dansweilerstraße“ anzuknüpfen und die dortigen Typologien, Grünzüge und Straßenverläufe analog fortzuführen. Eine großzügige Erweiterung des vorhandenen Spielplatzes soll dabei einen zentralen Treffpunkt für die Bewohner beider Neubaugebiete darstellen. Damit soll auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung dafür Sorge getragen werden, dass das vorliegende Neubaugebiet städtebaulich mit dessen Umgebung zusammenwächst.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Die Begründungsverordnung muss strenger eingehalten bzw. kontrolliert werden um Flächenversiegelung vorzubeugen und im Sinne des Tier- und Artenschutzes, eine entsprechende Bepflanzung eingehalten wird. Gleichzeitig bedeutet es aber auch, dass die Stadt sich um die von ihr gepflanzten Bäume und Sträucher kümmert. In dem bereits bestehenden Baugebiet sind an einigen Stellen diverse Büsche nach der Pflanzung eingegangen, da diese nicht bewässert wurden.</p>	<p>Die Stellungnahme ist nicht Gegenstand des Flächennutzungsplanes. Auf Ebene von nachgelagerten Bebauungsplänen werden konkrete Festsetzungen zur Begrünung des Plangebietes getroffen und auch öffentliche Grünflächen festgesetzt. Darüber hinaus können auch Gestaltungssatzungen entsprechende Vorschriften enthalten. Für die Pflege und den Erhalt von privaten Pflanzen sind die jeweiligen Grundstückseigentümer zuständig. Bei Bäumen ist darüber hinaus die Baumschutzsatzung der Stadt zu beachten. Für öffentliche Pflanzen und Grünflächen ist das Grünflächenamt zuständig; diesbezüglich können Hinweise auch beim Mängelmelder der Kreisstadt Bergheim eingereicht werden (https://maengelmelder.bergheim.de).</p>	Kenntnisnahme
		<p>Die Parksituation ist schon jetzt schwierig. Wir benötigen mehr Parkplätze bzw. es ist notwendig, dass die Parkplätze und Garagen den entsprechenden Wohnobjekten zugeordnet und auch entsprechend zusammen mit diesen verkauft werden. Es kann nicht sein, dass hier wie in unserem ersten Baugebiet diese Zuordnung nicht erfolgt und so Spekulanten z.B. Garagen aufkaufen und diese gesondert vermieten.</p>	<p>Die Stellungnahme ist nicht unmittelbar Gegenstand des Flächennutzungsplanes. Auf Ebene von nachgelagerten Bebauungsplänen werden konkrete Festsetzungen zu Stellplätzen und öffentlichen Parkplätzen getroffen. So ist es z.B. vorgesehen weitere öffentliche Parkplätze für Besucher auf öffentlichem Grund im Plangebiet vorzuhalten. Die privaten Stellplätze richten sich nach der Landesbauordnung NRW und sind im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren für die</p>	Kenntnisnahme

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
			jeweiligen Bedarfe nachzuweisen; der Bebauungsplan ermöglicht dazu lediglich die planungsrechtlichen Voraussetzungen mit der Festsetzung ausreichender Flächen für Stellplätze. Hinsichtlich eines vermeintlichen Parkdrucks in umliegenden Wohnsiedlungen oder zur Vermietungssituation von Garagen kann die vorliegende Bauleitplanung jedoch keine Aussagen treffen.	
B03	Name und Anschrift sind der Verwaltung bekannt. Schreiben vom 20.05.2019	<i>[Hinweis: Aus datenschutzrechtlichen Gründen werden die Namen der Mitarbeiter der Stadtverwaltung Bergheim in der vorliegenden Stellungnahme anonymisiert wiedergegeben]</i> Wir machen die Eingabe in dieser Form, weil wir im Zusammenhang mit den Themen „FNP 114 und Verkehrsplanung in Glessen“ entweder widersprüchliche oder keine Informationen haben. Stand am 20.05.2019 - Auszüge aus verschiedenen Mails: Mail an <i>[Mitarbeiter A]</i> 07.02.2018 - Eingabe, dass die Verkehrssituation in Glessen bei der Planung und Realisierung des FNP bzw. Bebauungsplans berücksichtigt werden muss. Antwort von <i>[Mitarbeiter A]</i> 21.02.2018 - wird sich dem Thema Verkehr im Zusammenhang mit der weiteren baulichen Entwicklung des Stadtteils Glessens im besonderen Maße widmen.	Der Sachverhalt zur verkehrlichen Situation in Glessen ist nicht unmittelbar Gegenstand der vorbereitenden Bauleitplanung (Flächennutzungsplan). Der Flächennutzungsplan bildet lediglich die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Art der Bodennutzung und die Grundlagen für die verbindliche Bauleitplanung (Bebauungsplan) für das gegenständliche Plangebiet. Nach Abschluss des Bauleitplanverfahrens zur 114. Änderung des Flächennutzungsplanes ist ein Bebauungsplanverfahren vorgesehen. Eine förmliche Einleitung des nachgelagerten Bebauungsplanverfahrens (Aufstellungsbeschluss) wurde durch die politischen Gremien der Kreisstadt Bergheim noch nicht beschlossen; dies ist für 2019 geplant. Ein Verkehrsgutachten mit Berücksichtigung	Kenntnisnahme

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Auszug aus Mail an [Mitarbeiter A] 05.02.2019 – „Ich bitte Sie mir (stellvertretend für weitere Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils Glessen), die von Ihnen am 21.02.2018 angekündigte Verkehrsplanung schriftlich zuzuleiten.“</p> <p>Antwort von [Mitarbeiter B] auf unsere Mail an [Mitarbeiter A] - Auszug aus der Antwort von [Mitarbeiter B] „In Ihrer Antwort schreiben Sie, dass ein Verkehrsgutachten erst im Zusammenhang mit in diesem Bereich geplanten Bebauungsplan erstellt wird.“ Auszug aus Mail an [Mitarbeiter B] 12.02.2019 - Unsere Frage, ob [Mitarbeiter A] nicht selbst antworten darf, wird auch im weiteren Schriftverkehr nicht beantwortet. Weiterer Auszug aus unserer Mail an [Mitarbeiter B]: - „Mit meiner Eingabe und Nachfrage zum Thema will ich vermeiden, dass es auch bei diesem Neugebiet (wie in der Vergangenheit) wieder versäumt wird, eine Verkehrsplanung frühzeitig zu machen und zu realisieren. Ein Neubaugebiet führt immer zu zusätzlichem Verkehr. Dieser zusätzliche Verkehr darf nicht wieder nur durch das bestehende Straßennetz in Glessen (z.B. Hohe Straße, Brauweiler Straße und Straße Im Tal) abgewickelt werden. Konkrete Frage an Sie: Wird hier auch der Bau einer neuen Straße am Ortsrand zur Verkehrsentlastung der bestehenden Straßen im Ort geplant und realisiert?“</p> <p>Auszug aus Mail von [Mitarbeiter B] 07.02.19: die 114. Flächennutzungsplanänderung befindet sich derzeit im Verfahren. Ein Verkehrsgutachten ist nicht Gegenstand dieser Flächennutzungsplanänderung.</p>	<p>der planbedingten Mehrverkehre wird im Rahmen des nachgelagerten Bebauungsplanverfahrens durchgeführt, sobald konkrete und verbindliche Festsetzungen zur künftig geplanten Bebauung getroffen werden können, um daraus verkehrstechnisch Relevante Aspekte ableiten zu können. Das Verkehrsgutachten zum nachgelagerten Bebauungsplan hat maßgeblich festzustellen, ob durch die geplante Siedlungserweiterung <u>erstmalig</u> wesentliche negative Auswirkungen auf das bestehende, unmittelbar umliegende Verkehrsnetz ausgelöst werden. Dabei wird u.a. im Rahmen der einschlägigen Richtlinien objektiv geprüft, ob die umliegenden Verkehrsknoten im Bestand leistungsfähig sind und ob im Vergleich dazu durch die Planung eine wesentliche Verschlechterung der Leistungsfähigkeit einhergeht. Auf Ebene des Flächennutzungsplanes kann davon ausgegangen werden, dass einerseits die Erschließung des Plangebietes grundsätzlich möglich ist und andererseits es durch die Planung nicht zu neuen, wesentlich negativen Auswirkungen kommt. Das Erfordernis einer innerörtlichen Entlastungsstraße kann daher auf Ebene der Bauleitplanung nicht erkannt werden.</p> <p>Für bereits bestehende Verkehrsprobleme können auf Ebene der vorliegenden Bauleitplanung keine weitreichenden Lösungen</p>	

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Ein Verkehrsgutachten wird im Zusammenhang mit dem in diesen Bereich geplanten Bebauungsplan erstellt. Das Verfahren zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde noch nicht eingeleitet.“ Auszug aus Mail an [Mitarbeiter B] 05.03.19 - Vorbereitende Maßnahmen im Zusammenhang mit der 114. Flächennutzungsplanung „Östliche Entwicklung Glessen“ sind ja lobenswert. Zur Planung gehört natürlich auch die Verkehrsinfrastruktur. Hierzu hatten wir 2018 eine Eingabe bei der Stadt Bergheim gemacht - [Mitarbeiter A] hatte uns bestätigt, dass dieser Punkt bei der Planung berücksichtigt würde. Welche Planung liegt also für die innerörtliche Entlastungsstraße vor. Mail an [Mitarbeiter A] vom 14.03.19- Antwort von [Mitarbeiter B] vom 15.05.19 kurze Info zur Sache: Bevor Verkehrskonzepte entwickelt werden, ist zu prüfen, ob und wo Neubaugebiete, Mischgebiete und dergleichen entstehen könnten und vor allem, wie viele Menschen dort wohnen werden usw., die ebenfalls vorhandene oder zu erstellende Straßen benutzen würden. Hiermit sind wir derzeit beschäftigt. Erst hiernach macht das Erstellen eines Verkehrskonzeptes Sinn. Auszug aus Mail an [Mitarbeiter A] vom 19.03.19 - Als Anlage haben wir die Beschlussvorlage für 114. Flächennutzungsplanänderung - Stadtteil Glessen „Östliche Entwicklung Glessen“ beigefügt. Wir haben den Punkt B 03 genau gelesen. Den Punkt, den wir 2018 ausdrücklich erwähnt haben, ist dort nicht eingefügt. Wichtig ist nicht nur „dabei werden insbesondere die umliegend bestehenden Kreisverkehre auf</p>	<p>angeboten werden. Maßnahmen hierfür können lediglich auf Grundlage von gesamtstädtischen und regionalen Verkehrskonzepten erarbeitet werden.</p> <p>Maßgeblich stellen die L 213 (Hohe Straße, Brauweilerstraße) und die L 91 (Dansweilerstraße, Zum Gut Neuhof) die innerörtlichen Hauptverkehrswege in Glessen dar; für diese Landesstraßen ist jedoch der Landesbetrieb Straßen.NRW zuständig. Die Kreisstadt Bergheim ist seit dem Jahr 2000 bestrebt, die Ortsumgehung Glessen in den Landesstraßenbedarfsplan aufnehmen zu lassen. Dieser Bedarfsplan ist jedoch bisher nicht fortgeschrieben worden. Daher ist eine Aufnahme und Realisierung aktuell nicht voraussagbar.</p> <p>Im verkehrlichen Zusammenhang steht auch die kommunale Straße „Im Tal“, die insbesondere aufgrund von Durchgangsverkehren bereits im Bestand belastet ist. Hierzu hat die Kreisstadt Bergheim zuletzt im Jahre 2012 Untersuchungen mit unterschiedlichen Maßnahmenvarianten durchgeführt, um Durchgangsverkehre zu unterbinden und schließlich in kommunaler Verantwortung als kurzfristige Maßnahme eine Durchfahrtsperre angeordnet, die aber aufgrund diverser negativer Folgen wieder aufgegeben wurde.</p>	

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>deren Leistungsfähigkeit untersucht und ggf. erforderliche Maßnahmen zur Erhaltung der Verkehrsqualität verbindlich umgesetzt“ sondern die von uns geforderte Planung und Umsetzung der seit Jahrzehnten notwendigen neuen Straße (Entlastungsstraße) am Ortsrand. Für jedes einzelne Neubaugebiet, Gewerbegebiet usw. steigt die Verkehrsbelastung isoliert betrachtet um ein gewisses Maß. Man muss aber auch eine Betrachtung der Verkehrsbelastung machen, wenn man alle Maßnahmen in der Vergangenheit mit einbezieht. Bitte sorgen Sie dafür, dass der Punkt innerörtliche Entlastungsstraße in die Stellungnahme und Abwägung der Stadtverwaltung mit aufgenommen wird.</p> <p>Den weiteren Schriftverkehr haben wir dieser Eingabe nicht beigelegt, kann aber jederzeit bei uns angefordert werden.</p> <p>Nach dem jahrzehntelangen Hin und Her zur Verkehrsproblematik in Glessen haben wir das Fernsehen gebeten, die Problematik öffentlich zu machen. Dies hat der WDR in einer Sendung zum Thema Umbau der Straße Im Tal in Glessen gemacht. Herr Bürgermeister Mießeler kündigte in der Sendung am 18.04.2019 eine Lösung an: „Öffentlichen Nahverkehr stärken soll, aber auch auf der anderen Seite auch dafür sorgt, das die Verkehrsströme zielgerichteter erfolgen, auch die Verkehrsentslastungsstraße für den Bereich Glessen, Fliesteden, Büsdorf muss schnell gebaut werden. Im Moment reden wir</p>	<p>Gewachsene Innenstadtlagen stellen eine besondere Herausforderung für gesamtstädtische Verkehrskonzepte dar, da ein Großteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) innerhalb von Ortschaften nicht gänzlich entfallen bzw. vermieden oder verlagert werden können. Eine Ortsumgehung kann die Verkehre, die innerhalb des Ortes abgewickelt werden müssen, nicht aufheben.</p> <p>Die Kreisstadt Bergheim ist verpflichtet und gewillt, die Mobilität auf die Zukunft auszurichten. Einen „Fahrplan“ wie dies gelingen kann, wird im sogenannten Masterplan Mobilität niedergeschrieben, welcher durch die Kreisstadt Bergheim erstellt wird. Dabei gilt es insbesondere den Motorisierten Individualverkehr (MIV) mit all seinen negativen Eigenschaften mithilfe von diversen Projekten im Rahmen einer Verkehrs- und Mobilitätswende zu minimieren und verträglich abzuwickeln. Zu nennen sind Projekte, die die Bevölkerung dazu motivieren sollen, auf Verkehrsmittel des Umweltverbunds (ÖPNV, Fahrrad etc.) umzusteigen. Hier ist insbesondere der Ausbau des zentrenverbindenden Radwegenetzes zu nennen, ebenso wie die Ausweitung des ÖPNV (z.B. in Form einer möglichen Stadtbahnbindung von Glessen an die Stadt Köln und Niederaußern). Hier ist</p>	

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>ganz konkret von 2023 als Baubeginn.</p> <p>Ein Verkehrskonzept für Bergheim Glessen wird den Bürgern seit 1989 angekündigt. Entsprechende Schreiben können vorgelegt werden. Das Verkehrskonzept wurde von der Stadt Bergheim bis heute. – 2019 - nicht vorgelegt.</p> <p>Eingabe: Als Bürger fordern wir im Zusammenhang mit dem FNP 114 bzw. dem Bebauungsplan das Thema Verkehr zu berücksichtigen. Hierbei darf es nicht nur um den Verkehr innerhalb des neuen Baugebiets gehen - oder um den Verkehrsanschluss des neuen Baugebiets innerhalb des Ortes. Es muss ein Gesamtverkehrskonzept für den Glessen erstellt werden. In den letzten Jahrzehnten wurde ein Baugebiet nach dem Anderen realisiert-außerdem wurde das Gewerbegebiet Glessen und Nahversorger angesiedelt und neben einem Erlebnisbauernhof auch ein Golfplatz am Ortsrand von Glessen gebaut. Der Verkehr wird aber immer nur über die drei bestehenden Hauptverkehrsstraßen (Brauweilerstraße, Hohe Straße und Straße Im Tal) in Glessen abgewickelt. Der immer stärkere Verkehr belastet die Anwohner in ihrer Gesundheit. Außerdem ist die Straße Im Tal ein Hauptschulweg für die Grundschule im Ort.</p> <p>Forderungen: In Glessen muss eine neue innerörtliche Straße am</p>	<p>bereits eine Voruntersuchung durch den Rhein-Erft-Kreis in Bearbeitung. Durch die Einführung der S-Bahn mit einer engeren Taktung nach Köln werden auch das Angebot und die Frequenz des Busverkehrs erhöht. Auch die Einrichtung von sogenannten Mobilstationen, an denen die Verkehrsteilnehmenden nach Bedarf entscheiden können, welches Verkehrsmittel sie am vorteilhaftesten nutzen können, sind im Zuge einer Mobilitätswende geplant.</p> <p>Im stark wachsenden Kölner Umland, zu dem Bergheim gehört, wird eine Verkehrs- und Mobilitätswende realisierbar sein, um die Auswirkungen aus Straßenverkehr zu verringern und die Lebensqualität und den Klimaschutz insgesamt zu fördern – auch im Sinne nachfolgender Generationen.</p> <p>Ein Verkehrskonzept für einzelne Ortsteile ist nicht vorgesehen und greift zu kurz. Der bereits genannte Masterplan Mobilität wird sich der Verkehrssituation im gesamten Bergheimer Stadtgebiet annehmen und eine verkehrliche Bestandsaufnahme der Ortsteile durchführen. Lösungsansätze und Strategien, wie die Mobilität nachhaltig gestaltet werden kann, werden integriert betrachtet und im Gesamtkontext entwickelt.</p>	

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		Ortsrand zur Entlastung der übermäßig belasteten alten Straßen geplant werden. Diese Straße muss vor Realisierung des neuen Baugebiets gebaut werden.		
B04	Name und Anschrift sind der Verwaltung bekannt. Schreiben vom 21.05.2019	<p>Eingabe: Zu dem Bebauungsplan FNP 114 fordern wir, dass das Thema Verkehrskonzept für Glessen vorab umgesetzt wird. Es geht dabei nicht nur um den Verkehr innerhalb des neuen Baugebietes, sondern betrifft den ganzen Ortsteil Glessen. Wir fordern, dass das seit Jahren geforderte Gesamtverkehrskonzept für Glessen erstellt wird und nicht nur neue Baugebiete entstehen, ohne darüber nachzudenken, über welche Straßen der Verkehr geführt werden soll. Bisher wird der Verkehr immer über die drei bestehenden Hauptverkehrsstraßen Brauweilerstraße, Hohe Straße und Straße Im Tal geführt. Ein seit 1989 schriftlich angekündigtes Verkehrskonzept liegt bis heute (2019) nicht vor.</p> <p>Weiterhin fordern wir eine neue innerörtliche Entlastungsstraße am Ortsrand von Glessen, damit die hohe Belastung, der eben genannten Straßen, gemildert werden kann.</p> <p>Die innerörtliche Entlastungsstraße muss vor der Entstehung des neuen Baugebietes FNP 114 vorhanden sein.</p>	<p>Der Sachverhalt zur verkehrlichen Situation in Glessen ist nicht unmittelbar Gegenstand der vorbereitenden Bauleitplanung (Flächennutzungsplan). Der Flächennutzungsplan bildet lediglich die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Art der Bodennutzung und die Grundlagen für die verbindliche Bauleitplanung (Bebauungsplan) für das gegenständliche Plangebiet.</p> <p>Nach Abschluss des Bauleitplanverfahrens zur 114. Änderung des Flächennutzungsplanes ist ein Bebauungsplanverfahren vorgesehen. Eine förmliche Einleitung des nachgelagerten Bebauungsplanverfahrens (Aufstellungsbeschluss) wurde durch die politischen Gremien der Kreisstadt Bergheim noch nicht beschlossen; dies ist für 2019 geplant.</p> <p>Ein Verkehrsgutachten mit Berücksichtigung der planbedingten Mehrverkehre wird im Rahmen des nachgelagerten Bebauungsplanverfahrens durchgeführt, sobald konkrete und verbindliche Festsetzungen zur künftig geplanten Bebauung getroffen werden können, um daraus verkehrstechnisch Relevante</p>	Kenntnisnahme

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
			<p>Aspekte ableiten zu können. Das Verkehrsgutachten zum nachgelagerten Bebauungsplan hat maßgeblich festzustellen, ob durch die geplante Siedlungserweiterung <u>erstmalig</u> wesentliche negative Auswirkungen auf das bestehende, unmittelbar umliegende Verkehrsnetz ausgelöst werden. Dabei wird u.a. im Rahmen der einschlägigen Richtlinien objektiv geprüft, ob die umliegenden Verkehrsknoten im Bestand leistungsfähig sind und ob im Vergleich dazu durch die Planung eine wesentliche Verschlechterung der Leistungsfähigkeit einhergeht. Auf Ebene des Flächennutzungsplanes kann davon ausgegangen werden, dass einerseits die Erschließung des Plangebietes grundsätzlich möglich ist und andererseits es durch die Planung nicht zu neuen, wesentlich negativen Auswirkungen kommt. Das Erfordernis einer innerörtlichen Entlastungsstraße kann daher auf Ebene der Bauleitplanung nicht erkannt werden.</p> <p>Für bereits bestehende Verkehrsprobleme können auf Ebene der vorliegenden Bauleitplanung keine weitreichenden Lösungen angeboten werden. Maßnahmen hierfür können lediglich auf Grundlage von gesamtstädtischen und regionalen Verkehrskonzepten erarbeitet werden.</p> <p>Maßgeblich stellen die L 213 (Hohe Straße,</p>	

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
			<p>Brauweilerstraße) und die L 91 (Dansweilerstraße, Zum Gut Neuhof) die innerörtlichen Hauptverkehrswege in Glessen dar; für diese Landesstraßen ist jedoch der Landesbetrieb Straßen.NRW zuständig. Die Kreisstadt Bergheim ist seit dem Jahr 2000 bestrebt, die Ortsumgehung Glessen in den Landesstraßenbedarfsplan aufnehmen zu lassen. Dieser Bedarfsplan ist jedoch bisher nicht fortgeschrieben worden. Daher ist eine Aufnahme und Realisierung aktuell nicht voraussagbar.</p> <p>Im verkehrlichen Zusammenhang steht auch die kommunale Straße „Im Tal“, die insbesondere aufgrund von Durchgangsverkehren bereits im Bestand belastet ist. Hierzu hat die Kreisstadt Bergheim zuletzt im Jahre 2012 Untersuchungen mit unterschiedlichen Maßnahmenvarianten durchgeführt, um Durchgangsverkehre zu unterbinden und schließlich in kommunaler Verantwortung als kurzfristige Maßnahme eine Durchfahrtsperre angeordnet, die aber aufgrund diverser negativer Folgen wieder aufgegeben wurde.</p> <p>Gewachsene Innenstadtlagen stellen eine besondere Herausforderung für gesamtstädtische Verkehrskonzepte dar, da ein Großteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) in-</p>	

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
			<p>nerhalb von Ortschaften nicht gänzlich entfallen bzw. vermieden oder verlagert werden können. Eine Ortsumgehung kann die Verkehre, die innerhalb des Ortes abgewickelt werden müssen, nicht aufheben.</p> <p>Die Kreisstadt Bergheim ist verpflichtet und gewillt, die Mobilität auf die Zukunft auszurichten. Einen „Fahrplan“ wie dies gelingen kann, wird im sogenannten Masterplan Mobilität niedergeschrieben, welcher durch die Kreisstadt Bergheim erstellt wird. Dabei gilt es insbesondere den Motorisierten Individualverkehr (MIV) mit all seinen negativen Eigenschaften mithilfe von diversen Projekten im Rahmen einer Verkehrs- und Mobilitätswende zu minimieren und verträglich abzuwickeln. Zu nennen sind Projekte, die die Bevölkerung dazu motivieren sollen, auf Verkehrsmittel des Umweltverbunds (ÖPNV, Fahrrad etc.) umzusteigen. Hier ist insbesondere der Ausbau des zentrenverbindenden Radwegenetzes zu nennen, ebenso wie die Ausweitung des ÖPNV (z.B. in Form einer möglichen Stadtbahnanbindung von Glessen an die Stadt Köln und Niederaußem). Hier ist bereits eine Voruntersuchung durch den Rhein-Erft-Kreis in Bearbeitung. Durch die Einführung der S-Bahn mit einer engeren Taktung nach Köln werden auch das Ange-</p>	

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
			<p>bot und die Frequenz des Busverkehrs erhöht. Auch die Einrichtung von sogenannten Mobilstationen, an denen die Verkehrsteilnehmenden nach Bedarf entscheiden können, welches Verkehrsmittel sie am vorteilhaftesten nutzen können, sind im Zuge einer Mobilitätswende geplant.</p> <p>Im stark wachsenden Kölner Umland, zu dem Bergheim gehört, wird eine Verkehrs- und Mobilitätswende realisierbar sein, um die Auswirkungen aus Straßenverkehr zu verringern und die Lebensqualität und den Klimaschutz insgesamt zu fördern – auch im Sinne nachfolgender Generationen.</p> <p>Ein Verkehrskonzept für einzelne Ortsteile ist nicht vorgesehen und greift zu kurz. Der bereits genannte Masterplan Mobilität wird sich der Verkehrssituation im gesamten Bergheimer Stadtgebiet annehmen und eine verkehrliche Bestandsaufnahme der Ortsteile durchführen. Lösungsansätze und Strategien, wie die Mobilität nachhaltig gestaltet werden kann, werden integriert betrachtet und im Gesamtkontext entwickelt.</p>	
B05	Name und Anschrift sind der Verwaltung bekannt. Schreiben vom 22.05.2019	Meiner Meinung nach muss bei jedem Bauprojekt die Infrastruktur geprüft und ergänzt werden. Bei einer Ortserweiterung bedeutet dies unter anderem die Verkehrssituation zu betrachten. Es gibt ja bereits eine, Studie die das Verkehrschaos	Der Sachverhalt zur verkehrlichen Situation in Glessen ist nicht unmittelbar Gegenstand der vorbereitenden Bauleitplanung (Flächennutzungsplan). Der Flächennutzungsplan bil-	Kenntnisnahme

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>in Glessen beschreibt und Lösungen anbietet. Auch zeigt die aktuelle Situation (Sperrung der Straße „Im Tal“) wie eine kleine Störung des IST-Zustandes das Chaos beflügelt. Ich denke es müssen mindestens zeitgleich notwendige Maßnahmen zur Entlastung des Innerortsverkehrs von Glessen durchgeführt werden.</p>	<p>det lediglich die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Art der Bodennutzung und die Grundlagen für die verbindliche Bauleitplanung (Bebauungsplan) für das gegenständliche Plangebiet. Nach Abschluss des Bauleitplanverfahrens zur 114. Änderung des Flächennutzungsplanes ist ein Bebauungsplanverfahren vorgesehen. Eine förmliche Einleitung des nachgelagerten Bebauungsplanverfahrens (Aufstellungsbeschluss) wurde durch die politischen Gremien der Kreisstadt Bergheim noch nicht beschlossen; dies ist für 2019 geplant.</p> <p>Ein Verkehrsgutachten mit Berücksichtigung der planbedingten Mehrverkehre wird im Rahmen des nachgelagerten Bebauungsplanverfahrens durchgeführt, sobald konkrete und verbindliche Festsetzungen zur künftig geplanten Bebauung getroffen werden können, um daraus verkehrstechnisch Relevante Aspekte ableiten zu können. Das Verkehrsgutachten zum nachgelagerten Bebauungsplan hat maßgeblich festzustellen, ob durch die geplante Siedlungserweiterung <u>erstmalig</u> wesentliche negative Auswirkungen auf das bestehende, unmittelbar umliegende Verkehrsnetz ausgelöst werden. Dabei wird u.a. im Rahmen der einschlägigen Richtlinien ob-</p>	

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
			<p>ektiv geprüft, ob die umliegenden Verkehrsknoten im Bestand leistungsfähig sind und ob im Vergleich dazu durch die Planung eine wesentliche Verschlechterung der Leistungsfähigkeit einhergeht. Auf Ebene des Flächennutzungsplanes kann davon ausgegangen werden, dass einerseits die Erschließung des Plangebietes grundsätzlich möglich ist und andererseits es durch die Planung nicht zu neuen, wesentlich negativen Auswirkungen kommt. Das Erfordernis einer innerörtlichen Entlastungsstraße kann daher auf Ebene der Bauleitplanung nicht erkannt werden.</p> <p>Für bereits bestehende Verkehrsprobleme können auf Ebene der vorliegenden Bauleitplanung keine weitreichenden Lösungen angeboten werden. Maßnahmen hierfür können lediglich auf Grundlage von gesamtstädtischen und regionalen Verkehrskonzepten erarbeitet werden.</p> <p>Maßgeblich stellen die L 213 (Hohe Straße, Brauweilerstraße) und die L 91 (Dansweilerstraße, Zum Gut Neuhof) die innerörtlichen Hauptverkehrswege in Glessen dar; für diese Landesstraßen ist jedoch der Landesbetrieb Straßen.NRW zuständig. Die Kreisstadt Bergheim ist seit dem Jahr 2000 bestrebt, die Ortsumgehung Glessen in den Landesstraßenbedarfsplan aufnehmen zu lassen. Dieser</p>	

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
			<p>Bedarfsplan ist jedoch bisher nicht fortgeschrieben worden. Daher ist eine Aufnahme und Realisierung aktuell nicht voraussagbar.</p> <p>Im verkehrlichen Zusammenhang steht auch die kommunale Straße „Im Tal“, die insbesondere aufgrund von Durchgangsverkehren bereits im Bestand belastet ist. Hierzu hat die Kreisstadt Bergheim zuletzt im Jahre 2012 Untersuchungen mit unterschiedlichen Maßnahmenvarianten durchgeführt, um Durchgangsverkehre zu unterbinden und schließlich in kommunaler Verantwortung als kurzfristige Maßnahme eine Durchfahrtsperre angeordnet, die aber aufgrund diverser negativer Folgen wieder aufgegeben wurde.</p> <p>Gewachsene Innenstadtlagen stellen eine besondere Herausforderung für gesamtstädtische Verkehrskonzepte dar, da ein Großteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) innerhalb von Ortschaften nicht gänzlich entfallen bzw. vermieden oder verlagert werden können. Eine Ortsumgehung kann die Verkehre, die innerhalb des Ortes abgewickelt werden müssen, nicht aufheben.</p> <p>Die Kreisstadt Bergheim ist verpflichtet und gewillt, die Mobilität auf die Zukunft auszurichten. Einen „Fahrplan“ wie dies gelingen</p>	

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
			<p>kann, wird im sogenannten Masterplan Mobilität niedergeschrieben, welcher durch die Kreisstadt Bergheim erstellt wird. Dabei gilt es insbesondere den Motorisierten Individualverkehr (MIV) mit all seinen negativen Eigenschaften mithilfe von diversen Projekten im Rahmen einer Verkehrs- und Mobilitätswende zu minimieren und verträglich abzuwickeln. Zu nennen sind Projekte, die die Bevölkerung dazu motivieren sollen, auf Verkehrsmittel des Umweltverbunds (ÖPNV, Fahrrad etc.) umzusteigen. Hier ist insbesondere der Ausbau des zentrenverbindenden Radwegenetzes zu nennen, ebenso wie die Ausweitung des ÖPNV (z.B. in Form einer möglichen Stadtbahnanbindung von Glessen an die Stadt Köln und Niederaußem). Hier ist bereits eine Voruntersuchung durch den Rhein-Erft-Kreis in Bearbeitung. Durch die Einführung der S-Bahn mit einer engeren Taktung nach Köln werden auch das Angebot und die Frequenz des Busverkehrs erhöht. Auch die Einrichtung von sogenannten Mobilstationen, an denen die Verkehrsteilnehmenden nach Bedarf entscheiden können, welches Verkehrsmittel sie am vorteilhaftesten nutzen können, sind im Zuge einer Mobilitätswende geplant.</p> <p>Im stark wachsenden Kölner Umland, zu dem Bergheim gehört, wird eine Verkehrs- und Mobilitätswende realisierbar sein, um die</p>	

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
			<p>Auswirkungen aus Straßenverkehr zu verringern und die Lebensqualität und den Klimaschutz insgesamt zu fördern – auch im Sinne nachfolgender Generationen.</p> <p>Ein Verkehrskonzept für einzelne Ortsteile ist nicht vorgesehen und greift zu kurz. Der bereits genannte Masterplan Mobilität wird sich der Verkehrssituation im gesamten Bergheimer Stadtgebiet annehmen und eine verkehrliche Bestandsaufnahme der Ortsteile durchführen. Lösungsansätze und Strategien, wie die Mobilität nachhaltig gestaltet werden kann, werden integriert betrachtet und im Gesamtkontext entwickelt.</p>	
T01	LVR-Landschaftsverband Rheinland – Dezernat Kultur und Landschaftliche Kulturpflege Schreiben vom 17.01.2019	<p>zum o.g. Verfahren nehme ich nachfolgend aus Sicht der LVR-Abteilung Kulturlandschaftspflege Stellung. Die Prüfung des Schutzguts kulturelles Erbe ist im vorliegenden Umweltbericht (Stand 19.02.2019) aus kulturlandschaftlicher Sicht inhaltlich unzureichend erfolgt.</p> <p>Aus der Fachsicht Kulturlandschaftspflege ist zu überprüfen, ob sich Beeinträchtigungen für die im kulturlandschaftlichen Fachbeitrag zur Landesentwicklungsplanung in Nordrhein-Westfalen (2007) [Landschaftsverband Rheinland/ Landschaftsverband Westfalen-Lippe (2007): Kulturlandschaftlicher Fachbeitrag zur Landesplanung in Nordrhein-Westfalen- Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung. Münster/Köln.</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt und im Umweltbericht entsprechend redaktionell ergänzt.</p> <p>Die im Kulturlandschaftlichen Fachbeitrag zum Regionalplan Köln (2016) beschriebenen Kulturlandschaftsbereiche werden durch die Planung nicht berührt und zum jetzigen Kenntnisstand sind auch auf der nachgelagerten Maßstabsebene der Flächennutzungsplanung keine Betroffenheit der historischen Kulturlandschaft erkennbar.</p>	Der Anregung wird gefolgt.

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>https://www.lvr.de/de/nav_main/kultur/kulturlandschaft/kulturlandschaftsentwicklungnrw/kulturlandschaftsentwicklung_1/kulturlandschaftsentwicklung_1.jsp und im Fachbeitrag zur Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln (2016) [Landschaftsverband Rheinland (2016): Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln. Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung. Köln. https://www.lvr.de/de/nav_main/kultur/kulturlandschaft/kulturlandschaftsentwicklungnrw/fachbeitrag_koeln/fachbeitrag_koeln_1.jsp] ausgewiesene historische Kulturlandschaftsbereiche ergeben.</p> <p>Die historischen Kulturlandschaftsbereiche der Regionalplanebene (KLBSO) leiten sich aus dem kulturlandschaftlichen Fachbeitrag zur Landesentwicklungsplanung in Nordrhein-Westfalen von 2007 ab. Sie sind in den genannten Fachbeiträgen knapp beschrieben und mit konkreten Zielen versehen. Diese Kulturlandschaftsbereiche sind bei der Darstellung der Bestandsaufnahme des Umweltzustandes unter dem Punkt Schutzgut „Kulturelles Erbe“ zu erwähnen. Bei der Darstellung der Entwicklungsprognose sind die Auswirkungen der Planung auf die Kulturlandschaftsbereiche ebenfalls unter dem Punkt „Kulturelles Erbe“ darzustellen.</p> <p>Dem vorliegenden Umweltbericht kann nicht entnommen werden, ob diese Prüfung erfolgt ist, da sowohl in Kapitel 4.7 als auch in Kapitel 6.7 lediglich auf archäologische Belange Bezug genommen wird. Es ist auch nicht erkennbar, ob die Belange der Baudenkmalpflege berücksichtigt wurden.</p>		

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Nach Prüfung der mit Schreiben vom 17.04.2019 zur Verfügung gestellten Unterlagen werden gegen die Planung aus kulturlandschaftlicher Sicht dennoch keine Bedenken erhoben, da keine der im Kulturlandschaftlichen Fachbeitrag zum Regionalplan Köln (2016) beschriebenen Kulturlandschaftsbereiche berührt werden und zum jetzigen Kenntnisstand auch auf der nachgelagerten Maßstabsebene der Flächennutzungsplanung keine Betroffenheit der historischen Kulturlandschaft erkennbar ist.</p> <p>Hinweise: Die Stellungnahmen des LVR-Amts für Bodendenkmalpflege und Denkmalpflege im Rheinland sind gesondert einzuholen.</p> <p>Für die Ermittlung der Untersuchungstiefe und Methodik im Umweltbericht verweise ich auf die UVP-Broschüre zum Umgang mit Kulturgütern bei der Umweltprüfung (UVP-Gesellschaft e.V. (Hg.): Kulturgüter in der Planung. Handreichung zur Berücksichtigung des Kulturellen Erbes bei Umweltprüfungen. Köln 2014). In der Handreichung ist die Vorgehensweise zur Betrachtung von Kulturgütern in Planungsvorhaben ausdrücklich beschrieben. [https://www.lvr.de/de/nav_main/kultur/kulturlandschaft/kulturlandschaftsentwicklungnrw/uvp_kulturgueter_in_der_planung/inhaltsseite_74.jsp]</p>	<p>Das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege in Bonn und das LVR-Amt für Denkmalpflege in Pulheim wurden bereits gesondert am Verfahren beteiligt.</p> <p>Die Hinweise zur Untersuchungsmethodik wurden bereits bei der Erstellung des Umweltberichts berücksichtigt und die verwiesene Literatur im Quellenverzeichnis redaktionell ergänzt.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
T02	Deutsche Bahn AG Schreiben vom 17.04.2019	die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme: Nach Prüfung der uns übermittelten Unterlagen bestehen unsererseits keine Anregungen oder Bedenken.	entfällt	entfällt
T03	Pledoc GmbH Schreiben vom 17.04.2019	<p>Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.</p> <p><i>[Hinweis: Im Übersichtsplan sind keine Leitungen eingetragen.]</i></p> <p>Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.</p> <p>Von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber sind von der geplanten Maßnahme nicht betroffen: Open Grid Europe GmbH, Essen; Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen; Ferngas Nordbayern GmbH (FG), Netzbetrieb Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg; Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen; Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen; Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund; Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen;</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>entfällt</p> <p>Nach derzeitigem Planungsstand ist bis zum Abschluss des Verfahrens keine Änderung des Geltungsbereichs vorgesehen.</p> <p>Kenntnisnahme</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>entfällt</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>GasUNE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen (hier Solotrassen in Zuständigkeit der PLE-doc GmbH); Viatel GmbH, Frankfurt</p> <p>Diese Auskunft bezieht sich ausschließlich auf die Versorgungsanlagen der hier aufgelisteten Versorgungsunternehmen. Auskünfte zu Anlagen sonstiger Netzbetreiber sind bei den jeweiligen Versorgungsunternehmen bzw. Konzerngesellschaften oder Regionalcentern gesondert einzuholen.</p> <p>Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden. Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.</p>	<p>Die weiteren Versorgungsträger wurden bereits gesondert am Verfahren beteiligt.</p> <p>Auf Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung (Flächennutzungsplan) erfolgt keine Untersuchung zum Kompensationsbedarf. Kompensationsmaßnahmen werden erst im Bebauungsplan festgelegt. Die Anregung wird im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren berücksichtigt und der Träger an diesen Planungen beteiligt.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>
T04	Presbyterium der Ev. Kirchengemeinde Bedburg-Niederaußem-Glessen Schreiben vom 17.04.2019	Von Seiten der Evangelischen Kirchengemeinde Bedburg-Niederaußem-Glessen gibt es keine Einwände.	entfällt	entfällt

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
T05	Stadt Kerpen Schreiben vom 17.04.2019	Belange der Kolpingstadt Kerpen sind von der Planung nicht betroffen.	entfällt	entfällt
T06	Vodafone GmbH Schreiben vom 17.04.2019	In den von Ihnen angegebenen Planungsbereichen befinden sich KEINE Glasfaserleitungen und Kabelschutzrohre der X Vodafone GmbH (ehem. ISIS / ehem. Arcor AG & Co. KG).	entfällt	entfällt
T07	IHK – Industrie- und Handelskammer zu Köln Schreiben vom 18.04.2019	<p>Mit Schreiben vom 17.04.2019 bitten Sie um Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer zu Köln zu o.g. Planänderungsverfahren. Wir nehmen hierzu wie folgt Stellung: Wir haben keinerlei Einwände gegen das Planverfahren.</p> <p>Die IHK Köln weist allerdings ausdrücklich darauf hin, dass bei der Ausweisung von Mischgebieten unbedingt darauf geachtet werden muss, dass die notwendigen Charakteristiken eines Mischgebietes auch in die Praxis umgesetzt werden müssen. Konkret muss eine 50- 50 Besetzung, Gewerbe zu Wohnbebauung, sichergestellt werden. Es muss ausgeschlossen werden, dass aus dem Mischgebiet ein faktisches Wohngebiet wird. Ein faktisches Wohngebiet an dieser Stelle würde die Gewerbeflächen an der gegenüberliegenden Straßenseite (L213 Brauweilerstraße) entwerten und gegen die Zielsetzung des Bebauungsplanes 160/GN 2. Änderung</p>	<p>entfällt</p> <p>Die Stellungnahme ist nicht Gegenstand des Flächennutzungsplanes. Der Flächennutzungsplan bereitet lediglich die Art der Bodennutzung und die Grundlagen für die verbindliche Bauleitplanung (Bebauungsplan) vor. Derzeit ist es geplant, die künftige Darstellung im Flächennutzungsplan „gemischte Bauflächen“ auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung als Mischgebiete festzusetzen. Dies erfolgt in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung der Kreisstadt Bergheim, sodass ein annähernd gleichgewichtiges Verhältnis von Gewerbe und Wohnen innerhalb des Mischgebietes erzielt werden</p>	<p>entfällt</p> <p>Kenntnisnahme</p>

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		verstoßen. Mit dem Bebauungsplan 160/GN 2.Änderung versuchte die Stadt Bergheim das Ziel, einer „hochwertige Nutzung des Gewerbegebiets Glessen wahren und zu stärken, [...]“ zu erreichen.	soll. Die Prüfung der weiteren Umsetzung des künftig festgesetzten Mischgebietes obliegt der Bauaufsichtsbehörde unter Berücksichtigung der Gesetzesgrundlagen und der ständigen Rechtsprechung.	
T08	Landesbetrieb Straßenbau NRW, Regionalniederlassung Vile-Eifel Schreiben vom 18.04.2019	gegen die o.g. Bauleitplanung bestehen seitens der Straßenbauverwaltung vom Grundsatz her keine Bedenken, da die Stellungnahme vom 19.12.2017 berücksichtigt werden. Vor Abschluss der Verwaltungsvereinbarung zur Erschließung des Gebietes und vor Fertigstellung des Knotenpunktes darf mit der Realisierung des Gebietes nicht begonnen werden.	entfällt Die Stellungnahme ist nicht Gegenstand des Flächennutzungsplanes und wird im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung berücksichtigt. Die Realisierung der geplanten Bebauung selbst erfolgt, nachdem die baulichen und sonstigen Voraussetzungen zur Erschließung vorbereitet wurden.	entfällt Kenntnisnahme
T09	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Schreiben vom 24.04.2019	gegen die im Betreff genannte(n) Maßnahme(n) hat die Bundeswehr folgende Bedenken bzw. Einwände. Die von Ihnen beabsichtigte(n) Maßnahme(n) befindet / befinden sich im Bereich des Militärflugplatzes Nörvenich. Die Belange der Bundeswehr sind somit ggf. mehrfach berührt. Ich weise darauf hin, dass sich Ihr Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet. Hier ist mit Lärm- und Abgasimmissionen zu rechnen. Ferner weise ich darauf hin, dass spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr nicht anerkannt	Das Plangebiet ist nicht Teil einer Fluglärmschutzzone, sodass auf Ebene des Flächennutzungsplanes davon auszugehen ist, dass keine wesentlichen negativen Auswirkungen vom Militärflugplatz Nörvenich oder von Flugverkehrslärm auf die künftige oder bestehende Bevölkerung (menschliche Gesundheit) im Plangebiet einwirken. Dennoch kann es durch den Militärflugplatz zu kurzzeitigen Belästigungen kommen. Daher wird vorsorglich ein Hinweis in die	Der Anregung wird gefolgt.

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>werden können.</p> <p>In welchem Umfang Belange der Bundeswehr betroffen sind, kann ich erst feststellen, wenn im Rahmen von z.B. eines Bebauungsplanes konkrete Bereiche ausgewiesen werden. Erst dann ist es möglich in Rücksprache mit meinen zu beteiligenden militärischen Fachdienststellen, eine dezidierte Stellungnahme vorzulegen.</p> <p>Ich bitte Sie, mich im Verfahren weiter zu beteiligen.</p>	<p>Begründung des Flächennutzungsplanes zu möglichen Belästigungen aufgenommen und der Sachverhalt im Umweltbericht redaktionell ergänzt.</p> <p>Hinsichtlich der Flugsicherheit bzw. Landesverteidigung ist in der Begründung zum Flächennutzungsplan bereits ein Hinweis enthalten, dass bei Höhen von über 30 m über Grund bei baulichen Anlagen (einschließlich untergeordnete Bauteile) sowie bei Baugeräten (z.B. Baukräne) vor Erteilung einer Baugenehmigung in jedem Einzelfalle die Bundeswehr zu beteiligen ist. Die weitere Konkretisierung erfolgt im Bebauungsplan.</p> <p>Für das vorliegende Flächennutzungsplanverfahren sind derzeit keine weiteren Beteiligungsschritte vorgesehen. Eine weitere Beteiligung erfolgt auf Ebene von Bebauungsplanverfahren.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>
T10	Amprion GmbH Schreiben vom 25.04.2019	<p>Mit Schreiben vom 21.12.2017 haben wir im Rahmen der Beteiligung Träger öffentlicher Belange eine Stellungnahme zur o. g. Bauleitplanung abgegeben. Diese Stellungnahme behält auch für den nun eingereichten Verfahrensschritt weiterhin ihre Gültigkeit.</p> <p>Gegen einen Satzungsbeschluss zur o.g. Bauleitplanung in der jetzt vorliegenden Fassung bestehen aus</p>	<p>Die Stellungnahme wurde bereits in die Abwägung eingestellt bzw. berücksichtigt. Die Stellungnahme des Versorgungsträgers vom 21.12.2017 sowie der dazugehörige Beschlussvorgang werden zur Übersicht und der Vollständigkeit halber unten wiederholt.</p> <p>entfällt</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>entfällt</p>

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>unserer Sicht keine Bedenken.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.</p> <p><u>Stellungnahme vom 21.12.2017:</u> Im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens. Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.</p>	<p>Die weiteren Versorgungsträger wurden bereits gesondert am Verfahren beteiligt.</p> <p>entfällt</p> <p>Die weiteren Versorgungsträger wurden bereits gesondert am Verfahren beteiligt.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>entfällt</p> <p>Kenntnisnahme</p>
T11	CenturyLink Communications Germany GmbH 22.12.2017	<p>In dem von Ihnen angefragten und umliegenden Bereich befinden sich keine Glasfaserleitungen von CenturyLink.</p> <p>Angefragter Bereich: Siehe anliegenden Planauszug! Zu Ihrer Information: Es entstehen für Sie, bezüglich der Leitungsauskunft, keine Kosten.</p> <p>Sollten Sie noch nicht die unten aufgeführten Gewerke angefragt haben, dann richten Sie Ihre Anfrage zur weiteren Prüfung an Colt Technology Services GmbH Hans Werner Runge Herriotstr. 4</p>	<p>entfällt</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Die weiteren Versorgungsträger wurden bereits gesondert am Verfahren beteiligt.</p>	<p>entfällt</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		D-60528 Frankfurt/Main Telefon: +49-(0)69 56606-0 Fax: +49-(0)69 56606-2222 hans-werner.runge@colt.net GASLINE: weitere Auskünfte erhalten Sie über die Online-Leitungsauskunft: http://www.bil-leitungsauskunft.de		
T12	Gascade Gastransport GmbH Schreiben vom 29.04.2019	Wir antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH, NEL Gastransport GmbH sowie OPAL Gastransport GmbH & Co. KG. Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein. Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass sich Kabel und Leitungen anderer Betreiber in diesem Gebiet befinden können. Diese Betreiber sind gesondert von Ihnen zur Ermittlung der genauen Lage der Anlagen und eventuellen Auflagen anzufragen.	entfällt Die weiteren Versorgungsträger wurden bereits gesondert am Verfahren beteiligt.	entfällt Kenntnisnahme
T13	Bezirksregierung Köln, Dezernat 54 (Obere Wasserbehörde) Schreiben vom 30.04.2019	Das Plangebiet befindet sich innerhalb der Wasserschutzzone 3b des Wasserschutzgebietes (WSG) Weiler.	In der Begründung bzw. im Umweltbericht zur 114. Änderung des Flächennutzungsplanes wurden die vorgebrachten Informationen zur Wasserschutzzone IIIB Weiler bereits eingearbeitet. Auf Ebene des Flächennutzungsplanes kann davon ausgegangen werden, dass mit der künftigen Darstellung von	Kenntnisnahme

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Die Zuständigkeit für den Vollzug der betroffenen WSG-Verordnung liegt bei der Unteren Wasserbehörde des Rhein-Erft-Kreises, die entsprechende Belange zu regeln hat. Informationen zum betroffenen WSG sollten in künftige Bebauungspläne einfließen.</p> <p>Ansonsten erkenne ich keine Betroffenheit in den Zuständigkeiten von Dezernat 54 der Bezirksregierung Köln (Obere Wasserbehörde).</p>	<p>Wohnbauflächen und Gemischten Bauflächen keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Wasserschutzzone einhergehen.</p> <p>Die Untere Wasserbehörde beim Rhein-Erft-Kreis wurde bereits gesondert am Verfahren beteiligt.</p> <p>entfällt</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>entfällt</p>
T14	Ertfverband Schreiben vom 02.05.2019	aus wasserwirtschaftlicher Sicht seitens des Ertfverbandes besteht gegen die v.g. Planung keine Bedenken.	entfällt	entfällt
T15	Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelbeseitigungsdienst Schreiben vom 02.05.2019	Luftbilder aus den Jahren 1939 - 1945 und andere historische Unterlagen liefern Hinweise auf vermehrte Bodenkampfhandlungen. Insbesondere existiert ein konkreter Verdacht auf Kampfmittel bzw. Militäreinrichtungen des 2. Weltkrieges (Schützenloch und militärische Anlage). Ich empfehle eine Überprüfung der zu überbauenden Fläche auf Kampfmittel im ausgewiesenen Bereich der beigefügten Karte sowie der konkreten Verdachte. Die Beauftragung der	Es ist bereits ein Hinweis auf mögliche Kampfmittel in der Begründung bzw. im Umweltbericht des Flächennutzungsplanes enthalten. Die Textstellen werden um den aktuellen Sachverhalt zum weiteren Untersuchungserfordernis sowie mit Verweis zur Berücksichtigung in der verbindlichen Bauleitplanung ergänzt.	Der Anregung wird gefolgt.

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Überprüfung erfolgt über das Formular Antrag auf Kampfmitteluntersuchung auf unserer Internetseite.</p> <p>Sofern es nach 1945 Aufschüttungen gegeben hat, sind diese bis auf das Geländenniveau von 1945 abzuschleifen. Zur Festlegung des abzuschleifenden Bereichs und der weiteren Vorgehensweise wird um Terminabsprache für einen Ortstermin gebeten. Verwenden Sie dazu ebenfalls das Formular Antrag auf Kampfmitteluntersuchung.</p> <p>Erfolgen Erdarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen, Verbauarbeiten etc. empfehle ich zusätzlich eine Sicherheitsdetektion. Beachten Sie in diesem Fall auf unserer Internetseite das Merkblatt für Baugründeingriffe. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite.</p>	<p>Im laufenden Bauleitplanverfahren wurden bereits im nördlichen Bereich des Plangebietes in Teilen vorgreifende Kampfmitteluntersuchungen vom Kampfmittelbeseitigungsdienst durchgeführt bzw. die betroffenen Flächen geräumt, um archäologische Untersuchungen durchführen zu können.</p> <p>Im Rahmen von nachgelagerten Bebauungsplanverfahren wird der Kampfmittelbeseitigungsdienst im Zuge der Trägerbeteiligung bzw. im Rahmen von Vorhaben mit Bodeneingriffen erneut beteiligt. Im nachgelagerten Bebauungsplan wird ein Hinweis auf ggf. erforderliche Untersuchungen und Sicherungsmaßnahmen aufgenommen.</p>	
T16	Landesbetrieb Wals und Holz NRW Schreiben vom 04.05.2019	Gegen o.a. Planungen bestehen von Seiten Wald und Holz NRW keine Bedenken.	entfällt	entfällt
T17	Landwirtschaftskammer NRW Schreiben vom 09.05.2019	<p>Gegen die 114. Änderung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Bergheim im Stadtteil Glessen bestehen seitens der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Kreisstelle Rhein-Erft-Kreis, keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Wir bedauern jedoch den Verlust von 6,2 ha wertvoller landwirtschaftlicher Flächen. Die Böden im Plangebiet zeichnen sich durch eine hohe Bodengüte aus</p>	<p>Die Stellungnahme ist nicht unmittelbar Gegenstand des Flächennutzungsplanes. Das städtebauliche Erfordernis zur Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen wurde bereits in der Begründung zum Flächennutzungsplan erörtert.</p> <p>Der Eingriff in den Naturhaushalt und die Bewertung schutzwürdiger Böden ist auf Ebene</p>	Kenntnisnahme

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>und gelten damit als besonders fruchtbar.</p> <p>Da im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanungen Kompensations- und Ausgleichmaßnahmen zu berücksichtigen sind, regen wir schon jetzt an, zur Berechnung des Kompensationsflächenbedarfs die Anwendung der „Numerischen Bewertung von Biooptypen für die Eingriffsregelung in NRW, 2008“ des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) als anerkanntes Verfahren, zu nutzen. Dies bestätigt auch der Einführungserlass zum Landschaftsgesetz für Eingriffe durch Straßenausbauvorhaben (ELES).</p> <p>In diesem Zusammenhang bitten wir weiterhin um Berücksichtigung der Wertigkeiten betroffener landwirtschaftlicher Flächen für die menschliche Daseinsvorsorge auch im Hinblick auf die Festsetzungen im LEP Punkt 7.5-1 und 7.5-2. Dies gilt auch für den Aspekt der Platzierung von Ausgleichsmaßnahmen, da für die Ernährungsfürsorge wichtige landwirtschaftliche Flächen zu schützen sind.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass die notwendigen Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen weitestgehend im Plangebiet vorgenommen werden und dadurch landwirtschaftliche Nutzflächen geschont werden. In diesem Zusammenhang sind Dach- und Fassadenbegrünungen, sowie Anlagen von Gehölzstrukturen und Grünstreifen zu nennen.</p>	<p>der verbindlichen Bauleitplanung zu prüfen und etwaige Kompensationsmaßnahmen im Rahmen des Bebauungsplanes festzustellen. Die Anregung zu (produktionsintegrierten) Ausgleichsmaßnahmen mit geringeren Auswirkungen auf die Landwirtschaft ist ebenfalls im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung zu prüfen.</p>	

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Für die darüber hinaus notwendig werdenden weiteren Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen regen wir an, diese mit den im Rahmen der EU-Wasserrahmenrichtlinie geplanten Maßnahmen am Pulheimer Bach zusammenzulegen.</p> <p>Bei der Berechnung des erforderlichen Kompensationsmaßnahmenbedarfs an Fließgewässern und in Auen wäre die Berechnung nach der „Kompensation Blau“ anzuwenden, die mindestens eine Verdoppelung der Öko-Punkte vorsieht.</p> <p>Alternativ ermöglicht die Anwendung des MKULNV Verfahrens (Koenzen) eine Vervielfachung der Öko-Punkte um den Faktor 2,5.</p> <p>Für mögliche weitere notwendig werdende Maßnahmen schlagen wir die Umsetzung produktionsintegrierter Maßnahmen im Ackerbau vor.</p> <p>Gerne stellen wir den Kontakt zur „Stiftung Rheinische Kulturlandschaft“ her, die in Sachen Planung, Umsetzung und langfristige Absicherung von produktionsintegrierten Kompensationsmaßnahmen über einem reichen Erfahrungsschatz verfügt.</p>		
T18	Bezirksregierung Köln, Dezernat 25 (Verkehr) Schreiben vom 15.05.2019	Seitens des Verkehrsdezernates der Bezirksregierung Köln bestehen keine Bedenken gegen die o.g. Maßnahme. Daher wird Fehlanzeige angemeldet.	entfällt	entfällt
T19	Stadt Bedburg Schreiben vom 16.05.2019	Wir bedanken uns für die Beteiligung in diesem Verfahren. Von Seiten der Stadt Bedburg bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben. Weiterhin viel	entfällt	entfällt

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		Erfolg bei der Planung.		
T20	LVR-Landschaftsverband Rheinland – Amt für Liegenschaften Schreiben vom 17.05.2019	<p>Ich leite Ihnen zunächst die Stellungnahme meines Fachbereiches 91.20-Landschaftliche Kulturpflege weiter und bitte um Beachtung.</p> <p>Ferner möchte ich Sie innerhalb meiner Stellungnahme darüber informieren, dass ansonsten keine Betroffenheit bezogen auf Liegenschaften des LVR vorliegt und daher keine Bedenken gegen die o.g. Maßnahme geäußert werden.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt nicht für das Rheinische Amt für Denkmalpflege in Pulheim und das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege in Bonn; es wird darum gebeten, deren Stellungnahmen gesondert einzuholen.</p>	<p>Kenntnisnahme <i>[Die Stellungnahme des LVR Fachbereich Landschaftliche Kulturpflege ist als Stellungnahme T01 aufgeführt, s.o.]</i></p> <p>entfällt</p> <p>Das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege in Bonn und das LVR-Amt für Denkmalpflege in Pulheim wurden bereits gesondert am Verfahren beteiligt.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>entfällt</p> <p>Kenntnisnahme</p>
T21	N.V. Rotterdam-Rijn Pijpleiding Maatschappij Schreiben vom 22.05.2019	von genannten FNP sind wir nicht betroffen.	entfällt	entfällt
T22	Rhein-Erft-Kreis Schreiben vom 23.05.2019	<p>aus Sicht der vom Rhein-Erft-Kreis zu vertretenden Belange ergeht zu o.g. Bauleitplanverfahren folgende Stellungnahme:</p> <p><u>Untere Naturschutzbehörde</u> Aus Sicht der Unteren Naturschutzbehörde bestehen</p>	entfällt	entfällt

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>keine Bedenken zu o.g. Bauleitplanverfahren.</p> <p><u>Untere Immissionsschutzbehörde:</u> Im Rahmen der öffentlichen Auslegung der 114. Änderung des Flächennutzungsplanes werden aus der Sicht des Immissionsschutzes keine weiteren Anregungen vorgebracht.</p> <p><u>Untere Bodenschutzbehörde:</u> In Kapitel 6. 3 „Schutzgut Boden / Schutzgut Fläche“ des Umweltberichtes zum Bebauungsplan wird argumentiert, dass der Boden durch die bisherige landwirtschaftliche Nutzung und dem damit einhergehenden ständigen Umbruch der oberen Bodenschicht und dem Eintrag von Pflanzenschutzmitteln als vorbelastet einzustufen wäre. Der zukünftigen umfangreichen Versiegelungen wären unversiegelte Flächen mit Garten- und Grünflächenutzung gegenüberzustellen, auf denen sich wieder ein Bodengefüge entwickeln könnte. Somit wären keine erheblichen Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Boden zu erwarten. Hinsichtlich dieser Argumentation halte ich Folgendes fest: Der bei der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung erfolgende Umbruch der obersten 30cm Boden ermöglicht weiterhin ein natürliches biologisches Bodenleben einschließlich Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaufunktionen für stoffliche Einwirkungen sowie Teilnahme am Wasser- und Nährstoffkreislauf.</p>	<p>entfällt</p> <p>Die Stellungnahme ist nicht unmittelbar Gegenstand des Flächennutzungsplanes und wird umfänglich im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren berücksichtigt.</p> <p>Zwar lässt sich insgesamt feststellen, dass zunächst erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut Boden zu erwarten sind, diese können allerdings auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung durch Kompensationsmaßnahmen abgemildert werden. Die Aussagen im Umweltbericht haben auf Ebene des Flächennutzungsplanes weiterhin Bestand und werden zur Klarstellung redaktionell ergänzt.</p> <p>Auf Ebene des nachgelagerten Bebauungsplanes wird der Eingriff in den Naturhaushalt (einschließlich der Eingriff in das Schutzgut Boden) im Rahmen des Landschaftspflegerischen Fachbeitrages und einer Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung untersucht und ggf.</p>	<p>entfällt</p> <p>Kenntnisnahme</p>

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Eine Garten- und/oder Grünflächennutzung schließt die Nutzung von Pflanzenschutzmitteln keinesfalls aus. Bei der Gartengestaltung ist zudem mit umfangreichen Eingriffen in tiefere Bodenschichten zu rechnen. Zudem können Nutzgärten mit regelmäßiger Umbruchtätigkeit nicht ausgeschlossen werden. Die zukünftig unversiegelten Garten- und Grünlandflächen pauschal als Ausgleich sämtlicher zukünftig versiegelter Bodenflächen darzustellen, ist fachlich unzulässig.</p> <p>Die durch die Umsetzung der Planungen erfolgende umfangreiche Versiegelung und die damit einhergehende Zerstörung natürlicher Bodenfunktionen stellt eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Bodens dar.</p> <p>Des Weiteren empfehle ich eine bereits in die Planung zu integrierende bodenkundliche Baubegleitung, um erforderliche Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen für das Schutzgut Boden zu ermitteln und zu erarbeiten.</p>	<p>entsprechende Kompensationsmaßnahmen verbindlich festgelegt. Auch wird dort das Erfordernis einer bodenkundlichen Baubegleitung geprüft.</p> <p>Auf Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung (Flächennutzungsplan) kann folglich davon ausgegangen werden, dass mit der künftigen Darstellung von Wohnbauflächen und Gemischten Bauflächen keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf das Schutzgut Boden/Fläche einhergehen.</p> <p>Die derzeitige städtebauliche Konzeption sieht in Teilen des Plangebietes eine aufgelockerte Wohnbebauung mit Wohngärten vor. Gemäß der einschlägigen Fachliteratur zur Ermittlung des Kompensationsbedarfs (Biotoptypenbewertung) sind Ackerflächen und Wohngärten gleichgestellt. Neben privaten Wohngärten werden zusätzlich im nachgelagerten Bebauungsplan verbindlich öffentliche Grünflächen in Form von u.a. Parkanlagen festgesetzt.</p> <p>Im Übrigen kann ein Vergleich zum Eintrag von Pflanzenschutzmitteln in den Boden und in das Grundwasser durch intensive Landwirtschaft mit der Nutzung bei Wohn- und Ziergärten nicht nachvollzogen werden. Gemäß Beschluss des Rates der Kreisstadt</p>	

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p><u>Untere Wasserschutzbehörde:</u> Gegen die Planung bestehen keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Folgende Hinweise bitte ich zu beachten. Über die Entwässerung des Gebietes ist am 28.06.2016 ein Abstimmungsgespräch im Kreishaus unter Beteiligung der Stadtverwaltung (Stadtwerke) geführt worden. Die Ergebnisse haben keinen Eingang in den Umweltbericht und in die zeichnerische Darstellung gefunden.</p> <p>Das Gebiet der FNP-Änderung befindet sich im Wasserschutzgebiet Zone III b. Aufgrund dessen ist eine Versickerung nur über die belebte Bodenzone zulässig. Hier befindet sich jedoch eine 9m mächtige Lösschicht mit einer schlechten Wasserdurchlässigkeit, sodass für den Betrieb einer Versickerung deshalb ein Bodenaustausch bis in eine Tiefe von 9 m notwendig ist. Damit ist eine Versickerung auf den Einzelgrundstücken praktisch ausgeschlossen, sodass eine separate Niederschlagswasserableitung mit</p>	<p>Bergheim dürfen in städtischen/öffentlichen Grünflächen keine Pflanzenschutzmittel verwendet werden. In Haus- und Kleingärten dürfen ohne Sachkundigenachweis nur wenige Pflanzenschutzmittel verwendet werden, sodass davon auszugehen ist, dass nur noch selten (gefährliche) Pflanzenschutzmittel eingebracht werden.</p> <p>entfällt</p> <p>Die Stellungnahme ist nicht unmittelbar Gegenstand des Flächennutzungsplanes. Auf Ebene des Flächennutzungsplanes hat sich die Kreisstadt Bergheim dazu entschieden, auf die dezidierten Darstellungen für z.B. Grünflächen, Versorgungsflächen, Straßenverkehrsflächen oder Flächen für die Abwasserbeseitigung zu verzichten; diese sind auch innerhalb der künftigen Darstellung „Wohnbaufläche“ planungsrechtlich zulässig. Eine verbindliche Festsetzung hierzu erfolgt im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren.</p> <p>Für das Plangebiet ist es vorgesehen, aufgrund der nicht versickerungsfähigen Böden eine zentrale Regenversickerungsanlage festzusetzen. Dies entspricht den Maßgaben des § 55 Wasserhaushaltsgesetz und ist</p>	<p>entfällt</p> <p>Kenntnisnahme</p>

KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN – „Östliche Entwicklung Glessen“

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
(T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>zentraler Versickerung angelegt werden muss. Die erforderliche Darstellung der Fläche für die Wasserwirtschaft (Versickerungsanlage) fehlt.</p> <p>Durch den Bodenaustausch wird die Schutzwirkung des Oberbodens beeinträchtigt. Dies ist besonders im Hinblick auf die Lage im Wasserschutzgebiet zu berücksichtigen. Um die hieraus folgenden Beeinträchtigungen auf ein vertretbares Maß zu beschränken, müssen die Festlegungen aus der Besprechung vom 28.6.2016 eingehalten werden.</p> <p>U.a. ist aufgrund des zu erwartenden Verkehrsaufkommens und der Möglichkeit von Gewerbenutzungen das Niederschlagswasser vorzubehandeln sowie eine über die Mindestanforderungen hinausgehende Mächtigkeit der Oberbodenschicht vorzusehen.</p> <p>Aufgrund der Lage im Wasserschutzgebiet ist die Betreiberin des Wasserwerks, die Fa. Rheinenergie in Köln ebenfalls zu beteiligen.</p>	<p>entsprechend im Umweltbericht erläutert. Auch der Sachverhalt zum Wasserschutzgebiet ist im Umweltbericht bereits enthalten.</p> <p>Die Stellungnahme ist nicht unmittelbar Gegenstand des Flächennutzungsplanes und wird im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren berücksichtigt.</p> <p>Die Stellungnahme ist nicht unmittelbar Gegenstand des Flächennutzungsplanes und wird im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren geprüft bzw. in der Ausführungsplanung berücksichtigt.</p> <p>In der Begründung bzw. im Umweltbericht zur 114. Änderung des Flächennutzungsplanes wurden die vorgebrachten Informationen zur Wasserschutzzone IIIB Weiler bereits eingearbeitet. Auf Ebene des Flächennutzungsplanes kann davon ausgegangen werden, dass mit der künftigen Darstellung von Wohnbauflächen und Gemischten Bauflächen keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Wasserschutzzone einhergehen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>

**KREISSTADT BERGHEIM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN – 114. ÄNDERUNG – STADTTEIL GLESSEN –
 „Östliche Entwicklung Glessen“**

Beschlussvorschläge mit Begründung und Abwägung zu den während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen
 (T = Behörden und TÖB; B/O = Öffentlichkeit)

Lfd. Nr.	Verfasser	Inhalt der Äußerung	Stellungnahme bzw. Abwägung der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		Darüber hinaus bestehen aus Sicht des Rhein-Erft-Kreises keine weiteren Bedenken und Anregungen.	<p>Im Rahmen des vorliegenden Flächennutzungsplanverfahrens wurde bereits die Bezirksregierung Köln, Dezernat 54 (Obere Wasserbehörde) an der Planung beteiligt. Eine Beteiligung der Betreiberin des Wasserwerkes wird auf Ebene des nachgelagerten Bebauungsplanverfahrens geprüft.</p> <p>entfällt</p>	entfällt